

Kritik an Plänen für 9-Euro-Ticket

BREMEN/BERLIN/DPA – Die Kritik an Finanzplänen des Bundes für das geplante 9-Euro-Monatsticket im Nah- und Regionalverkehr reißt nicht ab. Die Vorsitzende der Verkehrskonferenz der Länder, Bremens Verkehrssenatorin Maike Schaefer (Grüne), forderte, Risiken beim 9-Euro-Ticket dürften nicht auf die Länder übertragen werden.

Das Ticket dürfe nicht zum „Strohfeuer“ werden, so Schaefer. Die Länder seien bereit, gemeinsam mit den Aufgabenträgern des Öffentlichen Personennahverkehrs alles dafür zu tun, um das beschlossene 9-Euro-Ticket termingerecht bundesweit zum 1. Juni umzusetzen. „Die Verkehrsministerkonferenz erwartet im Gegenzug, dass der Bund zu seiner Zusage steht und die Kosten für die Organisation und Umsetzung übernimmt. Die Risiken dürfen dabei nicht auf die Länder übertragen werden.“

Ab Juni soll für drei Monate bundesweit ein günstiges Ticket im Nah- und Regionalverkehr gelten. Der Bund will in diesem Jahr Mittel für die Länder zur Finanzierung des Nahverkehrs um 3,7 Milliarden Euro erhöhen. Davon sollen neben coronabedingten Ausfällen die Kosten für das 9-Euro-Monatsticket in Höhe von 2,5 Milliarden Euro gezahlt werden.